

Übergangsform auf dem Weg zum Sozialismus betrachten heute viele kommunistische Parteien eine antimonopolistische, fortgeschrittene Demokratie, eine demokratische Volksmacht in dieser oder jener Form.

Politik demokratischer Alternativen verstehen die Marxisten konstruktive und praktikable Forderungen und Kampfziele der revolutionären Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Kräfte zur fortschrittlichen Lösung herangereifter sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme in den kapitalistischen Ländern. Der Kampf um ihre schrittweise Verwirklichung dient der Durchsetzung vor allem unmittelbarer Interessen und Bedürfnisse der werktätigen Menschen im Kapitalismus. Er trägt zugleich tendenziell zur stärkeren Herausbildung des gemeinsamen Handelns der unterschiedlichen Strömungen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegungen, zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der antimonopolistischen Kräfte, zur Gewinnung von Alternativpositionen in möglichst allen Bereichen der Gesellschaft sowie zur Einschränkung der Macht des Monopolkapitals bei. Für die Verhinderung eines reaktionären Weges aus der Krise, für die Erringung einer demokratischen Wende und schließlich einer antimonopolistischen Demokratie gewinnt der Kampf um demokratische Alternativen eine wachsende Bedeutung. Die kommunistischen Parteien ringen dabei um die Erarbeitung gemeinsamer Alternativplattformen der verschiedensten friedliebenden und demokratischen Kräfte.

Einen zentralen Platz innerhalb der demokratischen Alternativprogramme nehmen die **außenpolitischen Forderungen** ein: Beendigung der lebensgefährlichen Konfrontations- und Hochrüstungspolitik der aggressivsten Kreise des Imperialismus und Sicherung und Vertiefung der Entspannungstendenz in den internationalen Beziehungen. Verstärkt haben die Kommunisten kapitalistischer Länder in den letzten Jahren Alternativen zu den globalen Problemen entwickelt: Vorschläge zur schrittweisen Überwindung von Hunger, Analphabetentum und zunehmender wirtschaftlicher Rückständigkeit der Entwicklungsländer gegenüber den kapitalistischen Industrieländern, Maßnahmen zur demokratischen Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, rationelle Nutzung und Sicherung der Rohstoffe und der übrigen wirtschaftlichen Ressourcen im internationalen Maßstab, Schutz der Natur und Erhaltung der natürlichen Existenzbedingungen der Gesellschaft.

Gemeinsam mit der Masse der Werktätigen und den Gewerkschaften kämpfen sie im **sozialen Bereich** für die Durchsetzung von Alternativen zur schrittweisen Reduzierung und Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Verteidigung und Erhöhung der Reallöhne, zur Einschränkung der chronisch gewordenen Inflation, zur Sanierung der Staatshaushalte auf Kosten der Rüstungsausgaben und der Milliardensubventionen für die Monopole, zur Entwicklung einer sozialen Wohnungs- und Mietpolitik. Mit dem Fortschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution haben die Forderungen nach demokratischer Kontrolle der Investitionspolitik, nach Rationalisierungsschutzmaßnahmen, nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen, nach demokratischen Reformen im Bereich der Bildung und